WP-3-825 Kapitel 3: Berlin gestaltet Zukunft

Antragsteller*in: Landesvorstand der Grünen Jugend Berlin
Beschlussdatum: 12.01.2026

Änderungsantrag zu WP-3

Von Zeile 825 bis 834:
~~Die Berliner Wirtschaft lebt von kreativen Köpfen, der Internationalität Berlins und ihrer Wissenschaftslandschaft. Unsere wertvollste Ressource ist dabei unsere Innovationskraft. Diese wollen wir weiter ausbauen und Berlin so zum Innovationsstandort Nr. 1 machen. Die Berliner Zukunftsorte sind dabei ein vitales Rückgrat der wissensbasierten Wirtschaftsentwicklung in Berlin. Wir werden sie weiter stärken und sehen das Potenzial, die Zukunftsorte zu Modellregionen für klimaneutrales Wirtschaften weiterzuentwickeln. Innovative Projekte wie die Start-up-Factory UNITE, das Innovationszentrum FUBIC oder Science & Start-ups der Berlin University Alliance wollen wir stärken und weiterentwickeln und so die Potentiale der Forschung für technologische, digitale und soziale Innovationen noch besser heben.~~

Die Schere zwischen Arm und Reich geht in Berlin immer weiter auseinander. In dieser Stadt existieren Superreiche in Villen neben vielen Arbeiter*innen, die am Ende des Monats schauen müssen, wie sie den Supermarkteinkauf bezahlen können. Diese Verteilung ist ungerecht, als Grüne treten wir für eine radikal gerechte Lohnverteilung ein. Wir werden deshalb alle landespolitischen Möglichkeiten ausschöpfen, für eine gerechtere Lohnverteilung zu kämpfen. Wir werden deshalb bei allen landeseigenen Unternehmen einen Maximallohn (inklusive aller Boni) des Zehnfachen des Landesmindestlohns einführen. Gleichzeitig werden wir den Landesmindestlohn auf 16,50 € erhöhen.

Begründung

Manager*innen der landeseigenen Unternehmen bekommen oft ein astronomisches Gehalt, gezahlt von Geld der Berliner*innen. Gleichzeitig bekommen die Arbeiter*innen, die das Rückgrat Unternehmen sind, oft nur den Landesmindestlohn. Auf diese Ungerechtigkeit müssen wir als Grüne im Wahlkampf hinweisen und mit dem Maximallohn eine Lösung anbieten. Einen Maximallohn für Manager*innen staatseigener Unternehmen existierte in Frankreich lange Zeit.